



Volkmarsen, den 24.6.2021

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Burkhard Scheele
Über den Gärten 5

34471 Volkmarsen-Herbsen

Der Magistrat der Stadt Volkmarsen			
Eingang: 28. Juni 2021			
BGM	BL	HV	FV/KBN
B/OV	PV/BS	VoBI	

• **Antrag**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS90 DIE GRÜNEN bitten Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu nehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung steht zu den Grundwerten einer vielfältigen und toleranten Stadtgesellschaft, wie sie in Volkmarsen besteht. Meinungsfreiheit ist ein Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, das es zu bekräftigen und zu stärken gilt. Volksverhetzung, Diffamierungen und Aufruf zu Gewalt und gesellschaftlicher Spaltung widersprechen jedoch den Grundwerten und Grundrechten unserer Demokratie. Daher lehnt die Stadtverordnetenversammlung die Überlassung von Räumen, die zur Durchführung von Veranstaltungen genutzt werden sollen, in denen rassistisches, antisemitisches, salafistisches, antidemokratisches, sexistisches, gewaltverherrlichendes oder anderes menschenfeindliches Gedankengut dargestellt oder verbreitet werden soll, ab.
2. Der Magistrat wird deshalb beauftragt alle bestehenden allgemeinen Benutzungsordnungen/Tarifordnungen für städtische Liegenschaften zu überarbeiten und anzupassen und der Stadtverordnetenversammlung zur abschließenden Beratung vorzulegen. Ziel ist dabei die Schaffung rechtssicherer Kriterien für die Ablehnung der Nutzung/Vermietung von städtischen Räumlichkeiten durch Dritte, wenn diese die Voraussetzungen der

Ausführungen zu 1 nicht gewährleisten bzw. erheblicher Zweifel daran bestehen.

3. Aufgrund erheblicher Verletzungen der Regeln und Auflagen anlässlich des Bundeskongresses der Jungen Alternative (JA) der (AfD) am 17. und 18.4.2021 in Volkmarsen beschließt die Stadtverordnetenversammlung auf Dauer ein Vermietungsverbot für die Junge Alternative (JA).
4. Der Magistrat informiert künftig regelmäßig den Ältestenrat über beabsichtigte Vermietungen/Überlassungen städtischer Liegenschaften an politische Parteien/Wählergruppen usw.

Begründungen:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die Nordhessenhalle vom 4.2.21 - 9.2.21 und vom 16.4.21 – 18.4.21 an die Alternative für Deutschland (AfD) bzw. deren Jugendorganisation Junge Alternative (JA) vermietet wurde. Weiterhin wird zur Kenntnis genommen, dass für die Monate Oktober und November 2021 zwei weitere Veranstaltungen am Durchführungsort Nordhessenhalle angefragt sind.

Die AfD ist vom Bundesamt für den Verfassungsschutz in diesem Jahr intern als Verdachtsfall eingestuft worden. U.a. das Landesamt für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg beobachtet die rechtsextremistischen Teilstrukturen „**Der Flügel**“ und **die Junge Alternative** innerhalb der Partei AfD. Beide seien bemüht, ihre innerparteiliche Wirkungsmacht zu stabilisieren bzw. auszuweiten. Dadurch könnten, so das Landesamt, rechtsextremistische Strömungen Einfluss auf politisch-programmatische Entscheidungen der AfD sowie auf die Zusammensetzung des Bundesvorstands nehmen. Der im Juli 2020 veröffentlichte Verfassungsschutzbericht des Bundesamts für Verfassungsschutz stellt fest, dass zur „JA“ und zum „Flügel“ tatsächliche Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Bestrebung vorliegen.

In Volkmarsen ist kein Platz für Hass und Hetze.

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Bürgermeister und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung bei ihren Aktivitäten zur Sensibilisierung der Bevölkerung gegen Rassismus. So wurde erst kürzlich am Radweg nach Welda ein Schild „Region gegen Rassismus“ aufgestellt. Ein solches Schild steht auch an der Nordhessenhalle und anderen Liegenschaften innerhalb der Stadt. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt und unterstützt die Aussage des Bürgermeisters, dass die Stadt ihren Beitrag dazu leisten wolle, dass die Menschen nachdenken und mitdenken.

Bruno Kramer

Daniel Clemens